|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Zentralabitur 2024** | **Politik-Wirtschaft** | **Material für Prüflinge** |
| **Aufgabe I** | **eA** | **Prüfungszeit\*: 300 min** |

\*einschließlich Auswahlzeit.

**Name:** \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

**Klasse:** \_\_\_\_\_\_\_\_

# Politische Partizipation und soziale Ungleichheit

1. Geben Sie die Vorschläge aus M1 zur Stärkung der Demokratie in Deutschland wieder. **[20%]**

2. Erläutern Sie ausgehend von den Zeilen 75–89 (M1) Funktionen von Medien für das politische System. **[25%]**

3. Analysieren Sie die Statistiken (M2) unter Bezugnahme auf Textaussagen zur Repräsentation des „unteren Drittels“ der Gesellschaft (Z. 32–50). **[30%]**

4. Nehmen Sie mit Textbezügen Stellung zur Forderung, die soziale Ungleichheit in Deutschland zu verringern. **[25%]**

# Material

**Im Jahr 2023 stand das Thema „wehrhafte Demokratie“ in der Berichterstattung der Deutschland-funkprogramme besonders im Fokus. Bei M 1 handelt es sich um einen Begleittext zu einem Beitrag der Podcast-Reihe „Sein und Streit“ im Deutschlandfunk Kultur, verfasst von mehreren Journalistinnen und Journalisten des Deutschlandfunks.**

### M 1 Constantin Hühn u. a.: Demokratie wehrhaft machen

Nicht nur global gesehen steht die Demokratie unter Druck, etwa durch den Aufstieg

autoritärer Systeme oder den Krieg in der Ukraine. Auch in Deutschland selbst gibt es

Grund zur Sorge: Antidemokratische Bewegungen und Parteien haben Zulauf, viele

Menschen fühlen sich von der Politik enttäuscht und große Transformationen wie

5 Klimawende oder Digitalisierung fordern unsere Regierungsform heraus. […]

Aber wie kann sich die Demokratie gegen ihre innere Krise zur Wehr setzen? Klar ist:

Sie darf sich selbst nur mit demokratischen Mitteln verteidigen. Hilft also ein Mehr

an Demokratie, um sie stabiler zu machen? Und wie könnte eine Vertiefung aussehen?

Die Antworten auf diese Frage hängen davon ab, wo man die größten

10 Schwächen unserer Gegenwartsdemokratie verortet. […]

1. Entfremdung von der Demokratie: Frühere Einübung

Demokratie ist nicht nur ein Abstimmungssystem, sondern auch eine Lebensweise:

Damit sie dauerhaft stabil bleibt, müssen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur alle

vier Jahre ihr Kreuz machen, sondern demokratische Prinzipien verinnerlichen. Dafür

15 sollten sie in ihrem Alltag die Erfahrung machen, dass sie mit anderen zusammen die

eigene Lebenswelt gestalten können.

Eine Möglichkeit, unser demokratisches Selbstverständnis zu stärken, wäre eine stärkere

Demokratisierung der Schulen: Schülerinnen und Schüler könnten schon frühzeitig

dazu ermuntert werden, ihre Ausbildungsorte mitzugestalten – etwa durch

20 Schulparlamente, wie es sie stellenweise bereits gibt. Wird das flächendeckend

umgesetzt und erhält das Parlament tatsächliche Befugnisse, machen junge Menschen

die Erfahrung, dass sie sich in Entscheidungen einbringen können und dass das einen

Unterschied macht. Sie entwickeln ein Bewusstsein von demokratischen Rechten und

Pflichten, lernen, andere Perspektiven zu respektieren und Kompromisse zu finden.

25 So die Idee. Allerdings ist fraglich, ob solche Parlamente auf Schulebene tatsächlich

alle Jugendlichen gleichermaßen erreichen – auch die aus ärmeren, weniger gebildeten

Familien. Denn von Mitsprache-Angeboten fühlen sich oft vor allem Menschen

aus bildungsnahen Schichten angesprochen.

2. Zu große Ungleichheit: Bessere Sozialpolitik

30 Mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung sind also schön und gut. Aber erreichen sie

auch alle? Der Politikwissenschaftler und Demokratieforscher Wolfgang Merkel bezweifelt

das. Er spricht von einer Tendenz hin zu einer „Zweidrittel-Demokratie“ in

Deutschland: Das sozial und ökonomisch „untere“ Drittel der Gesellschaft ist demnach

politisch deutlich schlechter repräsentiert als die zwei oberen Drittel. Und das

35 gleich doppelt: Die Wahlbeteiligung ist hier signifikant niedriger und die Interessen

dieser Gruppe sind in den Parteiprogrammen weniger vertreten.

Soziale Ungleichheit übersetzt sich demnach in politische Ungleichheit. Daran können

Partizipationsmöglichkeiten allein nichts ändern. Merkel empfiehlt daher eine Vertiefung

der Sozialpolitik. Wirkt man sozialem und kulturellem Ausschluss entgegen,

40 könnte das gleichzeitig zu mehr politischer Gleichheit führen. Denn die Verbesserung

der sozialen und ökonomischen Lage jenes „unteren Drittels“ könnte dafür sorgen,

dass die betroffenen Menschen sich politisch besser vertreten fühlen, den Glauben

in die Politik und in demokratische Prozesse zurückgewinnen.

Zuletzt hat in Deutschland allerdings vor allem die demokratiefeindliche Partei

45 „Alternative für Deutschland“ (AfD) ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler

mobilisieren können. Das kann man als Indiz dafür sehen, dass ein Mehr an Beteiligung

die Demokratie nicht unbedingt stabilisieren muss. Man kann es aber auch als Bestätigung

der Thesen von Wolfgang Merkel […] lesen: Die anderen Parteien haben zu

wenig für diese Gruppe getan und deshalb ist sie nun in besonderem Maße anfällig

50 für rechtspopulistische Versprechen.

3. Zu starke Lobbyinteressen: Die Wirtschaft demokratisieren

Ein weiteres Problem der gegenwärtigen Demokratie kann man darin sehen, dass der

tatsächliche Einfluss auf die Gestaltung unserer Gesellschaft stark vom Vermögen der

Menschen abhängt – die Kluft zwischen Arm und Reich ist groß, gerade die

55 Vermögensungleichheit hat zuletzt noch zugenommen.

Das betrifft Parteien- und Wahlkampfspenden oder das Sponsoring von Parteitagen,

aber auch finanzstarke Lobbyorganisationen, die die Interessen bestimmter Wirtschaftszweige

oder gesellschaftlicher Gruppen durchsetzen. Während Umfragen

etwa zeigen, dass sich eine Mehrheit in Deutschland wirksameren Klimaschutz

60 wünscht, wirken Lobbyinteressen auf Unternehmensseite dem oft entgegen.

Dagegen helfen könnte eine ganze Reihe von Maßnahmen: Das neue Lobbyregister,

das Treffen von Abgeordneten und Wirtschaftsvertretern transparent macht; die

Begrenzung von Parteispenden; oder Maßnahmen gegen die Vermögensungleichheit

[…].

65 Ein weitreichender Vorschlag ist die Demokratisierung der Unternehmen selbst. Die

fordert das „Manifest zur Zukunft der Arbeit“ [1] […]. Demnach sollen die Beschäftigten

direkt an der Unternehmensführung beteiligt werden. Wenn die Belegschaft die

Unternehmen mitgestalten, so die Überlegung, können sie unmittelbar auf Unternehmensziele

Einfluss nehmen – und neben der Maximierung des Profits andere Ziele

70 einbringen. Dazu gehören zum Beispiel Arbeitsbedingungen, aber auch

Nachhaltigkeitskriterien.

Unklar ist allerdings, ob Angestellte etwa eines Energiekonzerns ihrem Arbeitgeber

tatsächlich strengere Klimakriterien oder einen weniger aggressiven Wachstumskurs

abringen würden – stehen doch ihre Arbeitsplätze auf dem Spiel. […]

75 4. Zersplitterte Öffentlichkeit: Fake News bekämpfen

[…] Eine Demokratie braucht […] vor allem mündige Bürgerinnen und Bürger, die auf

Grundlage einer breiten Informationsbasis zu vernünftigen Entscheidungen kommen

– und dabei nicht nur die eigenen Interessen berücksichtigen, sondern auch die

Perspektiven anderer Menschen respektieren. […] Medien [kommt] dabei eine

80 entscheidende Bedeutung zu: Sie müssen umfassende Informationen bereitstellen, der Wahrheit

verpflichtet sein, eine Vielfalt an Perspektiven abdecken und eine ausgewogene

Debatte ermöglichen; uns Bürgerinnen und Bürger also in die Lage versetzen,

vernünftige Entscheidungen zu treffen.

Die Verbreitung von Fake News im Netz und die Verrohung des Diskurses in den

85 sozialen Medien ist aus dieser Perspektive ein Beispiel dafür, dass mehr Partizipation

allein nicht unbedingt zu mehr Demokratie führt – sondern sie auch destabilisieren

kann, wenn sie die Grundlagen demokratischer Kultur selbst untergräbt. Um die

Demokratie zu verteidigen, braucht es demnach vor allem verlässliche Informationsquellen

und eine an Vernunftkriterien orientierte Diskussionskultur.

[1] In dem von der Philosophin Lisa Herzog mitinitiierten Manifest von 2020 fordern 3000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler soziale und ökologische Reformen der Arbeitswelt.

#### Quelle:

Podcast „Sein und Streit“, Constantin Hühn, mit Einschätzungen von Simone Miller, Catherine Newmark und Wolfram Eilenberger: Demokratie wehrhaft machen, vom 12.02.2023, aus: Deutschlandfunk Kultur, abgerufen von https://www.deutschlandfunkkultur.de/demokratie-ungleichheit-partizipation-fake-news-100.html (Zugriff am 12.12.2023).

### M2

#### a) Zweitstimmenergebnis in den einkommensschwächsten [2] 70 Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2021

**Wahlbeteiligung 2021: 73,42 %**

#### b) Gesamtergebnis der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2021

**Wahlbeteiligung 2021: 76,6 %**

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von tagesspiegel.de, Die Wahlergebnisse in den ärmsten und reichsten Wahlkreisen Deutschlands, vom 01.10.2021, aus: https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/bundestagswahl-2021-karte-ergebnisse-wahlkreise-armut-reichtum/ (Zugriff am 12.12.2023).

# Hilfsmittel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

[2] Hier zugrunde gelegt wurde das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Einwohner (nach Umverteilung durch Steuern und Transfers). Mit 16.450 Euro verfügbarem Einkommen im Jahr pro Einwohner steht der Wahlkreis Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen an letzter Stelle der 299 Wahlkreise in Deutschland.

# Gesamtergebnis

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Aufgabe** | **Mögliche Prozente** | **Erreichte Prozente** |
| **1** | **20%** |  |
| **2** | **25%** |  |
| **3** | **30%** |  |
| **4** | **25%** |  |